98. Jahrgang. Nr. 147 Dienstag, 29. März 1932

Dresdner Nachrichten

Großer Sportteil

Gegründet 1856

Bezugspreis bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.60 Mk. (einschließlich 72 Pfg. für Postgebühren), durch Postbezug 3.60 Mk. einschließlich 84 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7 mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 100 Pfg., außerhalb 150 Pfg. ohne Preisaufschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 50 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Sturm & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1049 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdner Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Englands Einladung zur Donaukonferenz

Brüning stimmt zu, wünscht aber Verschiebung

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 28. März. Wie von der Berliner zuständigen Stelle mitgeteilt wird, ist dem Auswärtigen Amt amtlich eine englische Einladung zu einer Donaukonferenz übermittelt worden, zu der auch Frankreich und Italien eingeladen worden sind.

•

Berlin, 28. März. Die Einladung des englischen Premierministers Macdonald zu einer Konferenz Englands, Frankreichs, Italiens und Deutschlands über die Fragen des Donauraumes ist dem Reichskanzler und Reichsaußenminister Dr. Brüning nach Badenweiler nachgesandt worden, wo sich Dr. Brüning während der Osterfeiertage aufhielt. Macdonald hat für die von ihm ins Auge gefaßte Konferenz das Ende der jetzt begonnenen Woche vorgeschlagen, so daß sich, da nach den Wünschen des englische Premierministers die Konferenz in London stattfinden soll, ein Aufenthalt des Reichskanzlers in der englischen Hauptstadt vom 2. bis etwa 4. April als erforderlich erweisen würde. Dr. Brüning, der im Prinzip der englischen Einladung zustimmt, sieht sich durch sie in seinen mit Rücksicht auf den Wahlkampf für den zweiten Gang der Präsidentenwahl getroffenen Zeitdispositionen etwas beeinträchtigt, so daß er, wie man annimmt,

dem englischen Premierminister vorschlagen wird, die Konferenz nach dem 10. April stattfinden zu lassen.

Eine definitive Entscheidung des Reichskanzlers liegt bis zur Stunde aber noch nicht vor. Man erwartet, daß Dr. Brüning sie im Laufe des Dienstags treffen wird. Eine Kabinettssitzung wird nicht für notwendig gehalten, weil der deutsche Standpunkt ja bereits in der deutschen Antwort auf den Vorschlag Tardieus eingehend dargelegt wurde. Eine Verschiebung der Konferenz auf die Zeit nach dem 10. April wird auch um deswillen für wahrscheinlich gehalten, weil sich der italienische Außenminister Grandi zur Zeit auf Urlaub befindet und sich eine Londonreise für ihn nicht so schnell bewerkstelligen ließe. Man glaubt auch, daß die Konferenz nicht in London, sondern in Genf stattfinden wird, wo es den verantwortlichen Staatsmännern schon mit Rücksicht auf die dann wieder in Gang befindliche Abrüstungskonferenz sowie die internen Beratungen des Völkerbundsrates leichter wäre, ein Zusammentreffen zu arrangieren, als in London. Bis jetzt liegen aber Entscheidungen auch aus den übrigen in Frage kommenden Hauptstädten noch nicht vor. Besonders ungünstig ist nach den bis jetzt eingetroffenen Meldungen das Echo der englischen Einladung in Paris, wo man in dem Vorgehen Macdonalds vielfach sogar eine Durchkreuzung der Tardieuschen Pläne glaubt erblicken zu müssen.

Der Rahmen der Viermächtekonferenz

London, 28. März. Die englische Diplomatie ist zur Zeit bemüht, die Londoner Donaukonferenz bereits möglichst für das kommende Wochenende zustandezubringen. Der unmittelbare Zweck der Konferenz besteht darin, daß die Vertreter der vier Großmächte durch eine Aussprache Klarheit über die Richtlinien gewinnen, die für die weitere Behandlung der Donaufrage maßgebend sein sollen. Es besteht also die Möglichkeit weiterer Konferenzen.

Sollte Tardieu den Wunsch haben, sich vorher mit Macdonald über die beide Länder interessierenden Fragen auszusprechen, so wird man englischerseits keine Hindernisse in den Weg legen.

Die Vertreter Englands werden sich jedoch die Möglichkeit zu einer Erörterung der verschiedenen vorliegenden Donaupläne nicht nehmen lassen. — **Die Möglichkeit, daß die Reparationsfrage im Rahmen der Zusammenkunft zur Sprache kommen kann, wird in London zugegeben.** England, so sagt der „Observer", habe seine Reparationspolitik mehr als einmal deutlich dargelegt, so daß England jetzt der Darlegung der französischen Auffassung durch Tardieu entgegensehe. — Die in Deutschland umlaufenden Gerüchte über eine englisch-französische Verständigung in der Reparationsfrage sind, wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" meldet, unbegründet. Die „Sunday Times" meint, daß die Reparationsverhandlungen ein vierjähriges Moratorium und danach deutsche Zahlungen von etwa 400 Millionen Mark jährlich bringen würden. (?? Die Red.)

Vorherige Besprechung Tardieu-Macdonald

Paris, 28. März. Es ist jetzt ziemlich sicher, daß Ministerpräsident Tardieu und Finanzminister Flandin sich am Sonnabend nach London begeben werden, um mit den englischen Staatsmännern sowohl über die Frage des wirtschaftlichen Donaubundes wie über das Kriegsschulden- und Tributproblem vorbereitend zu verhandeln.

Der französische Wunsch, mit England zu einer Art Vereinigung zu gelangen und die Ministerbegegnung von der Viermächtekonferenz zu trennen, scheint sich also in vollem Umfange durchgesetzt zu haben.

Zweifellos hat die deutsche Anregung, die Viermächtekonferenz bis nach dem 10. April, dem Tage des zweiten Wahlganges, zu verschieben, der Tendenz einer solchen englisch-französischen Vereinigung Vorschub geleistet, wobei erschwerend ins Gewicht fällt, daß das deutsche Auswärtige Amt zur Zeit vom Reichskanzler mitverwaltet wird und ein besonderer Außenminister, der ohne Rücksicht auf die innerpolitischen Vorgänge in die außenpolitischen Verhandlungen hätte eingreifen können, nicht zur Verfügung steht.

Ministerpräsident Tardieu will am Sonntagabend oder am Montag früh wieder von London nach Paris zurückkehren, um sich bis zum 11. April mit wichtigen Regierungsgeschäften zu befassen. In französischen politischen Kreisen ist man mit dieser Lösung einigermaßen zufrieden und erklärt, daß Tardieu „bereit" sei, am Montag, dem 11. April, in Genf mit Reichskanzler Brüning, Ministerpräsident Macdonald und dem Vertreter Mussolinis zur Aussprache über die Donau-Frage zusammenzutreffen.

Italien nimmt die Einladung an

Rom, 28. März. Italien hat in London mitgeteilt, daß es die englische Einladung zur Viermächtekonferenz in London annimmt. Italien wird durch Außenminister Grandi vertreten sein. Nachträglich hört man, daß Frankreich versucht hat, die Londoner Donau-Konferenz auf Frankreich und England zu beschränken und Deutschland und Italien auszuschalten. Das halbamtliche „Giornale d'Italia" erklärt, die Konferenz der vier Mächte scheine nun für die nächste Woche gesichert zu sein.

Hingegen sei die ursprünglich vorgeschlagene Konferenz der fünf Donaustaaten offenbar aufgegeben worden.

Hinsichtlich der bevorstehenden Londoner Konferenz hält das Blatt Zurückhaltung für geboten, um die ohnehin verwickelte Aufgabe der Diplomaten nicht zu erschweren.

Die von Paris aus verbreiteten Meldungen über ein französisch-italienisches Flottenabkommen sind nach wie vor falsch. An dem Stand der Dinge hat sich nichts geändert, ebensowenig sind zur Zeit irgendwelche Verhandlungen im Gange. Es mag lediglich zutreffen, daß der Pariser italienische Botschafter im Anschluß an die Senatsrede Tardieus mit diesem unverbindlich auch über die Flottenfrage gesprochen hat. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß Italien vor den französischen Wahlen auf die wiederholten französischen Vorschläge eingeht. Die italienfreundliche Rede Tardieus hat in Italien augenscheinlich keinen großen Eindruck gemacht.

Japanische Bomben über Kintschau

Die Waffenstillstandsverhandlungen abgebrochen

Schanghai, 28. März. Wie die chinesische Telegraphen-Agentur Gomyn mitteilt, haben am Sonntag japanische Bombenflugzeuge Kintschau bombardiert, wobei insgesamt 20 Bomben abgeworfen wurden. Außerdem haben japanische Bombenflugzeuge die chinesischen Stellungen mit Maschinengewehren beschossen, wobei über 14 Personen getötet wurden.

Die Waffenstillstandsverhandlungen in Schanghai sind abgebrochen worden. Die Mitglieder der japanischen Abordnung haben die Anweisung erhalten, nach Tokio abzureisen.

In die Räume des japanischen Geschäftsträgers in Schanghai, Schigemitsu, wurden zwei Bomben geworfen, wobei mehrere Personen Verletzungen davontrugen. Der Anschlag soll von chinesischen Studenten verübt worden sein.

Die Abkehr vom Völkerbund

Tokio, 28. März. Wie bereits gemeldet, hat der Minister des Auswärtigen eine Erklärung abgegeben, wonach Japan aus dem Völkerbund auszuscheiden gedenke, falls wider Erwarten der neue mandschurische Staat nicht bis zur nächsten Völkerbundstagung anerkannt sei. Im übrigen sei man der Ansicht,

daß Japan durch sein Ausscheiden aus dem Völkerbund viel gewinnen und so gut wie nichts verlieren werde,

denn dann, so argumentiere man, würden die augenblicklichen Meinungsverschiedenheiten zwischen Japan und dem Völkerbund ein Ende nehmen, die nach japanischer Anschauung zu einer Untergrabung des Weltfriedens beitrügen; des weiteren würde die „unnötige Einmischung" des Völkerbundes in den chinesisch-japanischen Konflikt aufhören, und China müsse die dringende Notwendigkeit anerkennen, auf dem Boden der bestehenden Tatsachen direkt mit Japan zu verhandeln. Japan anderseits werde es nicht nötig haben, die bisher freundschaftlichen Beziehungen zu den anderen Mächten aufs Spiel zu setzen.

Japanische Verschwörer unter Mordanklage

Tokio, 28. März. Am Montag wurden in Tokio 13 Mitglieder einer „Blutbrüderschaft"-Verbrüderung zur Ermordung führender japanischer Persönlichkeiten aus Politik und Finanz unter Mordanklage vor Gericht gestellt. Es hat sich im Laufe der polizeilichen Nachforschungen herausgestellt, daß die Verschwörerbande, der bereits der frühere Finanzminister Inouye und Baron Dan zum Opfer fielen, eine schwarze Liste ihrer zukünftigen Opfer aufgestellt hatte. Unter diesen, deren Wirksamkeit die Verschwörer als „eine Gefahr für Japan" bezeichneten, befanden sich unter anderen Prinz Saionji, Graf Makino, Ministerpräsident Inukai, der frühere Ministerpräsident Wakatsuki und der frühere Außenminister Baron Shidehara.

Aktiver Widerstand bei feindlichem Einbruch

Erklärung Groeners gegen die Machtgelüste der Oststaaten

Königsberg, 28. März. Die „Königsberger Allg. Ztg." bringt in ihrer Osterausgabe eine bedeutsame Betrachtung des Reichswehrministers Groener unter der Ueberschrift „Das Reich hält zu Ostpreußen". Der Minister geht darin zunächst auf allgemeine politische Fragen ein, die Ostpreußen betreffen, und erklärt dann, die memelländische Frage sei eine Angelegenheit, der man mit heißem Herzen, aber klarem Kopf gegenüberstehe. Deshalb würde eine friedliche Lösung gesucht. Aber unsere friedliche Einstellung sei keineswegs ein Eingeständnis der Schwäche.

Die deutsche Politik werde, wie es Brüning kürzlich unzweideutig zum Ausdruck gebracht habe, in ihrem Kampf um das Recht keinen Schritt zurückweichen. Sie werde im Einklang mit Gesetz und Vernunft ihre ganze Kraft dafür einsetzen, daß dem Deutschtum im Memellande seine verbrieften Rechte ungeschmälert erhalten bleiben.

Der Wehrminister fährt dann wörtlich fort: „Ich verstehe das Gefühl der Vereinsamung und Bedrohung, das in Ostpreußen angesichts seiner isolierten Lage und angesichts des ungeheuren Mißverhältnisses zwischen unserer militärischen Macht und den Rüstungen unserer Nachbarn herrscht. Ich weiß, daß gerade in letzter Zeit die Besorgnis um sich gegriffen hat, Ostpreußens Bedrohung steige von Tag zu Tag.

Ich unterschätze diese Gefahr nicht.

Aber auch ihr gegenüber gilt es, ruhig Blut zu bewahren, denn wir wissen: Ostpreußen ist nicht schutzlos fremden Machtgelüsten preisgegeben. Für diese Provinz sorgt zunächst der dort stehende Teil des deutschen Reichsheeres. Deren Schutz und deren gesicherter Verbindung mit dem Reich dient ferner die Reichsmarine, unterstützt von einer Bevölkerung, die Gut und Blut für die Verteidigung der Heimaterde einzusetzen bereit ist. Auf jeden Fall bedeutet die Abwehrkraft Ostpreußens für jeden Angreifer ein starkes Risiko des Mißerfolges. Denn darüber soll Klarheit herrschen:

Ein feindlicher Einbruch in Ostpreußen, unter welchem Vorwand er auch erfolgen mag, stößt nicht auf passiven, sondern auf aktiven Widerstand, und dieser Widerstand beschränkt sich nicht auf den Osten, sondern er wird getragen sein von der ganzen moralischen und materiellen Kraft des deutschen Volkes, das in dieser Lebensfrage der Nation über alle Parteischranken hinweg einig zusammenhält.

Rasche Heimfahrt „Graf Zeppelins"

Hamburg, 28. März. Wie die Hamburg-Amerika-Linie mitteilt, befand sich das Luftschiff „Graf Zeppelin" am Ostersonntag um 17 Uhr (MEZ.) auf 23 Grad Nord und 26 Grad West und am heutigen Montag früh um 7.00 Uhr (MEZ.) auf 33 Grad Nord und 20 Grad West, also ungefähr westlich von Madeira mit Kurs auf Gibraltar. Die Fahrtgeschwindigkeit betrug etwa 75 Seemeilen. Da das Luftschiff mit Rückenwind fliegt, ist anzunehmen, daß es seine Fahrt gedrosselt hat, um nicht früher als vorgesehen an seinem Bestimmungsort einzutreffen.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin" passierte um 21 Uhr Malaga.

Groenhoff aus der Bewußtlosigkeit erwacht

Darmstadt, 28. März. Der bekannte Segelflieger Günther Groenhoff, der, wie gemeldet, am Karfreitag einen Selbstmordversuch unternommen hatte, ist heute aus der Bewußtlosigkeit erwacht. Wie die Aerzte erklären, ist sein Befinden den Verhältnissen entsprechend gut.

SLUB
Wir führen Wissen.